

# Die AfD frohlockt: Rechtsextrem zahlt sich aus

Auch in Brandenburg kann die Partei mit ausländerfeindlichen Parolen punkten – Doch einmal geht es selbst Alice Weidel zu weit

Von Mey Dudin

■ **Berlin/Potsdam.** Aus den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland kann die AfD zwei Lehren ziehen. Erstens, rechtsextreme Ansichten werden vom Wähler nicht mehr abgestraft. Sowohl der AfD-Spitzenkandidat in Brandenburg, Hans-Christoph Berndt, als auch der sächsische Spitzenkandidat Jörg Urban haben im Wahlkampf die Erzählung verbreitet, wonach Deutschland vor fremden Einflüssen geschützt werden muss. Dazu gehört der Slogan „Remigration“, womit die Massenausweisung von Zuwanderern gemeint ist.

Berndt forderte nach dem mutmaßlich islamistischen Anschlag in Solingen sogar ein Betretungsverbot öffentlicher Veranstaltungen für Asylbewerber. Am Montag bekräftigte er das noch einmal und behauptete, dass die deutschen Grenzen offen seien für unkontrollierte Zuwanderung. „Solange wir in diesem Zustand sind, müssen wir darüber nachdenken, wie wir unsere Bevölkerung schützen.“ Und dann müssen wir vielleicht auch auf die wunderbaren Erfahrungen der Corona-Zeit zurückgreifen und eben auch solche Betretungsverbote machen.“ Berndt kam laut vorläufigem Ergebnis mit seiner Landes-AfD am Sonntag auf 29,2 Prozent und lag damit nur knapp hinter der SPD von Ministerpräsident Dietmar Woidke, die 30,9 Prozent erreichte.



Hans-Christoph Berndt

Ebenso knapp ging die Landtagswahl in Sachsen am 1. September aus: Hier wurde zwar die CDU um Ministerpräsident Michael Kretschmer mit 31,9 Prozent stärkste Kraft, aber ebenfalls dicht gefolgt von der AfD des Spitzenkandidaten Urban mit 30,6 Prozent. In Thüringen errang Björn Höcke, der in der AfD mit am weitesten rechts steht, sogar den Wahlsieg – das erste Mal, dass die Partei das in einem Bundesland geschafft hat.

Die zweite Lehre aus den Wahlen ist, dass die AfD gerade bei jungen Menschen punkten kann. Die Partei kam laut Forschungsgruppe Wahlen in Brandenburg bei den unter 30-Jährigen auf 30 Prozent der Stimmen, die SPD dagegen auf 21 Prozent. Ähnlich sah es bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen aus, wo die AfD bei jun-



Bestens gelaunt nach dem dritten Wahlsieg in den ostdeutschen Bundesländern in Folge: Die Co-Chefs der AfD, Alice Weidel und Tino Chrupalla, sehen sich in ihrem Kurs durch die deutlichen Zugewinne bei der Brandenburg-Wahl bestätigt.

Fotos: Bernd von Jutrczenka/dpa

gen Wählern ebenfalls mit deutlichem Abstand stärkste Kraft wurde: in Thüringen mit 36 Prozent und in Sachsen mit 30 Prozent. AfD-Co-Chefin Alice Weidel folgte daraus, dass ihre Partei die „Partei der Zukunft“ sei.

Was bedeuten die Ergebnisse der drei ostdeutschen Wahlergebnisse für das Agieren der AfD im Bund? Zunächst wollen die Rechtspopulisten den in den Wahlkämpfen eingeschlagenen Weg weitergehen. Weidel sagte mit Blick auf die Bundestagswahl in einem Jahr, sie glaube, „dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir Kurs halten müssen“. Der Erfolg gebe ih-

nen recht. Sie ging zugleich davon aus, dass das Konzept der „Brandmauer“ gegen die AfD wegen der Stimmenzuwächse dauerhaft nicht funktionieren werde.

Der sichtlich zufriedene Chef der AfD-Brandenburg, René Springer, wies darauf hin, dass die AfD eine Sperrminorität im Landesparlament in Potsdam erreicht hat, womit sie Entscheidungen und Wahlen blockieren kann, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Das werde die anderen Parteien zwingen, mit der AfD zusammenzuarbeiten. Auch in Thüringen hat die AfD vor drei Wochen eine Sperrminorität errungen, in Sachsen hat sie die

Marke knapp verpasst. Das Thema Kanzlerkandidatur will die AfD in Kürze ebenfalls angehen. Partei-Co-Chef Tino Chrupalla kündigte an, noch in diesem Jahr werde es eine Entscheidung geben.

„Nichts Anstößiges“ erkennt Chrupalla indes in einem Lied zum Thema Abschiebungen, das mehrere junge AfD-Anhänger bei der AfD-Party in Potsdam lautstark und minutenlang gesungen haben. Der Text lautete: „Hey das geht ab, wir schieben sie alle ab, sie alle ab.“ Dazu hielten sie auf einer Tafel den Slogan „Millionenfach abschieben“ hoch. Chrupalla winkte ab: „Wir reden hier über die Ju-

gend. Und auch sie hat ein Recht, ausgelassen zu feiern.“

Nur eine Aussage zu Wählerinnen offenbarte, dass „Kurs halten“ vielleicht auch für Parteichefin Weidel nicht so erstrebenswert sein könnte. Auf die Frage, warum mehr Männer als Frauen die AfD wählen, sagte Brandenburgs Landespartei-Chef René Springer, „dass es durchaus den Männern im Blut liegt zu kämpfen“, sie stünden an der Front. „Ich erspare mir, jetzt auf das Frauenbild von René Springer einzugehen“, sagte daraufhin Weidel, um dann doch hinzuzufügen: „Frauen sind genauso Kämpferinnen wie Männer.“

## Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck betont: Die AfD ist keine Nazi-Partei

Altbundespräsident Joachim Gauck hält die AfD nicht für eine Nazi-Partei. Auf die Frage, ob Spitzenpolitiker wie NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) mit solchen Behauptungen recht hätten, antwortete der 84-Jährige in der ARD-Talksendung „Caren Miosga“: „Nein, das haben sie nicht. Es sind Nazis in dieser Partei, Nazis gibt es in ganz Europa, besonders viele übrigens in Russland. Aber diese Leute werden wir nicht unbedingt los, weil wir aus unseren Gesellschaften das Destruktive nicht verbannen können.“ Gauck sagte

weiter, das Problem bestehe nicht darin, dass eine übergroße Zahl von Wählern in Europa ein Nazireich wie zu Adolf Hitlers Zeiten zurückhaben wollten. Vielmehr bestehe das Problem darin, „dass sie ihrer eigenen Kraft der Gestaltung unseres Gemeinwesens weniger vertrauen als bestimmten Führungskräften“. Sie wollten offenbar „lieber Gefolgschaft sein“ unter autoritär regierenden Führungsfiguren wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban „und ähnlichen Typen“. Eine selbstbestimmte und auf Debatten-

kultur beruhende offene Gesellschaft mache solchen Menschen Angst – und deshalb gebe es diese Anschlussform an die Nazi-Ideologie. „Aber wir würden einen schweren Fehler machen, wenn wir unsere politische Auseinandersetzung, die unbedingt sein muss, wenn wir die konzentrieren würden auf die Nazi-Frage. Die sind



Joachim Gauck

wenn wir unsere politische Auseinandersetzung, die unbedingt sein muss, wenn wir die konzentrieren würden auf die Nazi-Frage. Die sind

da, aber das andere Problem der Sehnsucht nach autoritärer Führung und Unterordnung – das ist das gewichtigere und da müssen wir hin.“ Die Moderne verlange den Menschen viel ab. „Freiheit ist nicht nur: Ich fühle mich glücklich, sondern: Ich bin verantwortlich – und das überfordert viele Menschen.“ Die ostdeutsche Gesellschaft sei zutiefst von 56 Jahre währendender Ohnmacht geprägt. Folglich sei Eigenverantwortung, die Rolle des Ichs in der Gesellschaft, eine völlig andere als im Westen gewesen. dpa Foto: Michael Bahlo/dpa

# Friedrich Merz – gerührt und geschüttelt

So analysiert die CDU die Wahlpleite in Brandenburg

Von Hagen Strauß

■ **Berlin.** Das ist eigentlich kein sonderlich gelungener Start für eine Merz-Kampagne. Aber gerade deswegen wird wohl am Tag nach der Brandenburg-Wahl in der CDU-Parteizentrale gebetsmühlenartig das Gegenteil beschworen und möglichst oft gesagt, der Ausgang habe keine Auswirkungen auf den Kanzlerkandidaten der Union – es sei eine „Woidke-Wahl“ gewesen.

Friedrich Merz selbst wird gefragt, man sehe ja am Beispiel des SPD-Ministerpräsidenten, dass man mit dem richtigen Mann Wahlen gewinnen könne – „sind Sie der richtige Mann der Union?“ Merz antwortet mit einer ziemlich lapidaren Erklärung: „Sonst hätten die Gremien von CDU und CSU nicht in so großer Einmütigkeit und Einstimmigkeit beschlossen.“ Jetzt nur keine unnütze Debatte, oder wie es hinter den Kulissen heißt: „Wir wollen keinen Streit.“

Andere Vorstandsmitglieder beteuern: „Merz ist absolut nicht beschädigt.“ Das Ergebnis habe überhaupt nichts mit der Bundes-CDU und ihrer Arbeit zu tun. Verwiesen wird am Tag nach der Wahl auch darauf, dass die Union mit

Merz an der Spitze im Bund so gute Umfrageergebnisse habe wie noch nie seit der verlorenen Bundestagswahl 2021. Insofern soll das nahe Brandenburg mit historisch schlechtem Ergebnis für die CDU jetzt möglichst sehr weit weg sein von Berlin.

In der Tat haben die Unions-Gremien Merz am Morgen auch offiziell zum Herausforderer von Kanzler Olaf Scholz (SPD) gemacht. In München spricht sich die CSU mit einem lammmfrommen Markus Söder an der Spitze einstimmig für den Sauerländer aus, in Berlin genauso das Präsidium und der Vorstand der CDU. Der Applaus der Sauerländer soll im Konrad-Adenauer-Haus lang anhaltend gewesen sein, Blumen gab es – und mancher fand, Merz sei „sehr gerührt“ gewesen.

Geschüttelt hat ihn aber das Wahlergebnis am Sonntagabend in Brandenburg für die CDU dann doch. Dass es kein Jubeltag werden würde, war bei der Union eingepreist. Aber so schlecht, nur noch vierte Kraft? Man sei zerrieben worden durch die Polarisierung zwischen SPD und AfD, gibt neben Merz stehend, ein ziemlich belämmert dreinschauender CDU-



Er strebt nach Höherem: Trotz der Wahlpleite in Brandenburg lässt sich Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz nicht beirren. Foto: Katharina Kausche/dpa

Spitzenkandidat Jan Redmann zu Protokoll. Dann ist da noch Sachsens Ministerpräsident und CDU-Vize Michael Kretschmer gewesen, der zur Wahl Woidkes aufgerufen hatte. In den Gremien ist er nicht dabei. „Kretschmer hätte ansonsten Klassenkeile bekommen“, sagt einer. „Man überhaupt auf eine solche Idee habe kommen können? Merz soll mit dem Sachsen telefoniert haben. Der Unmut ist aber nach wie vor groß über die Wahlempfehlung des CDU-Mannes.“

Mit Blick auf den Bundestagswahlkampf betont Merz, er rechne mit „persönlichen Herabsetzungen“. Aber man werde „da ganz konsequent mit Sachthemen ant-

worten und versuchen, dieses Land wieder auf Kurs zu bringen. Darum wird es gehen.“

Nun muss man aber konstatieren, dass Merz' vehementer Aufschlag in der Migrationspolitik vor der Wahl zumindest bei den Brandenburgern nicht verfangen hat. Der niedersächsische CDU-Chef Sebastian Lechner betont: „Friedrich Merz hat ein ausgeprägtes wirtschaftspolitisches Profil.“ Die ökonomische Entwicklung, mehr Wachstum, der Umgang mit der Industrie – „diese Linie muss jetzt verstärkt gefahren werden“, sagt Lechner unserer Zeitung. So soll es Merz auch sehen. Für seine Kampagne als Kanzlerkandidat.

## Kommentar

### Eine Nullnummer für den CDU-Chef

Die Kanzlerkandidatur von Friedrich Merz ist eine Nullnummer. Weder hat sie sich bei den Wahlen in Brandenburg positiv für die Union ausgewirkt noch negativ. Sondern gar nicht. Genau das muss Friedrich Merz aber ebenso beunruhigen. Ein Zugpferd ist der CDU-Chef noch lange nicht, ein Merz-Effekt ist ausgeblieben. Der Sauerländer kann derzeit froh sein, dass im kommenden Jahr nur in Hamburg gewählt wird – und dann im Bund.

Vor der Landtagswahl die K-Frage zu entscheiden, hat sich für den CDU-Chef ausgezahlt. Die Debatte über seine Nominierung wäre heikler verlaufen in der Auseinandersetzung mit CSU-Chef Markus Söder und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, wenn seine Partei vorher das schlechteste Ergebnis überhaupt im Osten eingefahren hätte. Diese Diskussion bleibt Merz nun erspart.

Mit Recht kann die Union allerdings darauf verweisen, dass sie erstens mit Merz an der Spitze im Bund deutlich besser dasteht als al-



Hagen Strauß zur Lage der Union nach der Landtagswahl

le anderen Parteien. Und zweitens, dass die Zuspitzung auf die Auseinandersetzung zwischen SPD und AfD vor der Landtagswahl der Union vor Ort stark geschadet hat.

Diese Polarisierung könnte es allerdings vor der Bundestagswahl ebenfalls geben, dann zwischen Union und AfD. Wie Kandidat Merz und seine Partei politisch darauf reagieren werden, ist weithin unklar. Die Fokussierung des Vorsitzenden auf das Thema der Migration im Vorfeld der Landtagswahl hat der Union jedenfalls nicht genutzt.

Noch nehmen viele der CDU offenbar grundsätzlich nicht ab, dass sie aus Fehlern ihrer langen Regierungszeit gelernt haben will – und ihre Vorschläge die richtigen sind, um die Probleme zu lösen. Das ist es vor allem, was dem Kanzlerkandidaten und seiner Partei nach Brandenburg und im beginnenden Bundestagswahlkampf zu denken geben muss. Inhaltlich und persönlich muss Merz jetzt umso mehr liefern.

E-Mail: [hagen.strauss@rhein-zeitung.net](mailto:hagen.strauss@rhein-zeitung.net)